

# Zeitschriften-Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **65 (1973)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

treter in den Verwaltungsrat zu delegieren. Dies sichert die Einsicht in alle Beschlüsse dieses Organes.

- Eine tiefgehende Reform des Arbeitsrechts soll die Rechtslage für die Lohnabhängigen verbessern. Grundsätzlich geht es darum, das Verhandlungsrecht der Gewerkschaften auf Bereiche wie Personalpolitik, Gestaltung des Arbeitsplatzes usw. auszudehnen und die Friedenspflicht auf die Bereiche zu beschränken, über die man verhandelt hat und zu einer Lösung gekommen ist.
- Der schwedische Reichstag verabschiedete in der Frühjahrssession ein Gesetz, das 85 000 Schutzbeauftragten z. B. das Recht gibt, eine Arbeit sofort zu stoppen, wenn der Arbeitgeber die nötigen Sicherheitsmassnahmen nicht vorgekehrt hat.
- Ein Aktienfonds mit vorläufig 400 Mio Fr. soll den Gewerkschaften und den Belegschaften der betreffenden Betriebe gestatten, auf die Beschlüsse gewisser Unternehmen direkt Einfluss zu nehmen. Der schwedische Reichstag gab auch diesem Gesetz in den letzten Tagen der nun abgeschlossenen Session seine Zustimmung.

## Zeitschriften-Rundschau *Otto Böni*

### *Die Bundesrepublik und ihre ausländischen Arbeitskräfte*

Während in der Schweiz die Probleme der ausländischen Arbeitnehmer seit Jahren die Spalten unserer Zeitschriften und Zeitungen füllen, fand dieser Problemkreis in der Presse anderer europäischer Staaten – vielleicht mit Ausnahme Frankreichs und Grossbritanniens – wenig Beachtung. Neuerdings macht nun diese Thematik auch in der Bundesrepublik Schlagzeilen. Das Hamburger Nachrichtenmagazin *«Der Spiegel»* (Nummer 31) schreibt unter dem reisserischen Titel: «Die Türken kommen – rette sich, wer kann», dass heute fast eine Million Türken in der Bundesrepublik leben und dass weitere 1,2 Millionen zu Hause auf ein Einreisevisum warten. «Der Andrang vom Bosphorus verschärft eine Krise, die in den von Ausländern überlaufenen Ballungszentren schon lange schwelt. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen: Es entstehen Gettos, und schon prophezeien Soziolo-

gen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem.» Die Türken sind zurzeit in der Bundesrepublik die grösste Fremdengruppe. Obwohl der Spiegel-Beitrag einige unangenehme Untertöne aufweist, stellt er in äusserst informativer Weise die gegenwärtige Lage in der Bundesrepublik dar.

Dem Thema «Ausländische Arbeiter» ist auch Heft 8 der *«Neuen Gesellschaft»* (Bonn/Bad Godesberg) gewidmet. Eine Reihe prominenter Sozialdemokraten und Gewerkschafter machen eine Bestandesaufnahme der Theorien und Vorstellungen der Sozialisten der Bundesrepublik zum Fremdarbeiterproblem. So äussert sich Hermann Buschfort zum Thema «Ausländische Arbeitnehmer – Prüfstein für den sozialen Rechtsstaat und die europäische Solidarität»; Walter Arendt befasst sich unter der Ueberschrift «Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung» mit dem Aktionsprogramm der Bundesregierung, das einige auch für die Schweiz zu empfehlende Massnahmen enthält. Franz Wo-

schech setzt sich unter dem Titel «Der ausländische Arbeiter von heute – der Europäer von morgen» mit der Ausländerpolitik des DGB auseinander. Solidarität und Humanität stehen im Zentrum der Arbeiten von Siegmur Geiselberger («Die Lage der ausländischen Arbeiter verbessern, heisst die Lage der Bevölkerung verändern!») und Michael Müller («Internationale Solidarität – eine Frage der Praxis»). Viele Fakten und reiches Zahlenmaterial enthält ein Aufsatz Karl Kühnes: «Wachstum, Konjunktur und externes Proletariat», ein Versuch, das Fremdarbeiterproblem in kontinentaler und sozialistischer Sicht zu deuten. Mit «Reform des Ausländergesetzes ist Rechtsstaatsgebot» und «Kernproblem ist das Aufenthaltsrecht» sind zwei weitere Beiträge von Eberhard de Haan und Hans Heinz Heldmann überschrieben. Aufschlussreiche Vergleiche und wertvolle Anregungen enthält der Aufsatz von Ursula Mehrländer: «Soziale Probleme der ausländischen Arbeitnehmer», der sich mit Untersuchungen auf dem Wohn- und Schulsektor befasst. Danach sind 12 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer in einem Zimmer untergebracht, in dem 4 bis 9 Personen leben müssen. Ein Fünftel der ausländischen Eltern mit Kindern im Alter von 6 bis 15 Jahren entzieht die Kinder der Schulpflicht in der BRD. Das im letzten Satz zutage tretende Problem untersucht in Nummer 8 der «Frankfurter Hefte» eine Arbeitsgruppe aus Dortmund und Bochum. Der erste Teil dieser Arbeit «Ausländische Arbeiterkinder in deutschen Schulen» – Fortsetzungen sollen in den nächsten zwei Nummern der «Frankfurter Hefte» folgen – befasst sich im einleitenden Teil erst grundsätzlich mit dem Fremdarbeiterproblem, um dann auf die schulische Situation der Kinder einzugehen.

### Hinweise

In Nummer 7 der in Köln erscheinenden «Gewerkschaftlichen Monatshefte» werden eine Reihe von aktuellen Problemen, mit denen der aktive Sozialist und Gewerkschafter immer und immer wieder konfrontiert wird, zur Diskussion gestellt. Helga Grebing wirft die Frage auf: «Gewerkschaften als Ordnungsfaktor oder als Gegenmacht?». Der Jesuit Professor Oswald von Nell-Breuning untersucht das Verhältnis zwischen «Katholischer Kirche und Gewerkschaften», und die zwei evangelischen Theologen Karl-Heinz Becker und Eduard Wörmann erläutern die Beziehungen der «Gewerkschaften und Evangelische Kirche» nach 1945.

«Listy» ist eine tschechosslowakische Zeitschrift, die während des Prager Frühlings internationale Beachtung fand. Nach dem grossen Exodus aus der Tschechoslowakei im Jahre 1968 wurde sie in der Emigration in Oesterreich weiter herausgegeben. Neuerdings erscheint diese Zeitschrift auch vierteljährlich in deutscher Sprache. Die Redaktionsadresse lautet: Listy (Blätter), A-2700 Wiener Neustadt, Postfach 114.

Aufgeschreckt durch einen im Juli veröffentlichten Bericht der Londoner «Times» schenkt die Öffentlichkeit dem Kolonialkrieg Portugals wieder vermehrte Aufmerksamkeit. Einen informativen Bericht über den Krieg der letzten Kolonialmacht in Afrika findet sich in Nummer 33 des «Spiegels». Recht viele Fakten vermittelt auch die von Adalbert Krim im Wiener «Neuen Forum» veröffentlichte Artikelserie über die Befreiungsbewegungen. Der vierte Beitrag dieser Serie erschien in Heft 234/35 unter der Ueberschrift «Frelimo im Vormarsch».